

Abschlusspanel: Wie muss es weitergehen? - Gerechtigkeit als Systemherausforderung

Auf dem Abschlusspodium diskutierten Michael Müller (Naturfreunde), Michael Zschiesche (UfU), Dr. Andreas Burger (UBA), Marlene Potthoff (Caritas), Ulrike Schell (Verbraucherzentrale NRW) und Christian Woltering (Paritätischer Wohlfahrtsverband).

Gerechtigkeit als Systemherausforderung – „eine fundamentale Fragestellung“ (Michael Zschiesche), die die Diskutanten auf dem Podium und auch die Gäste im Publikum gleichermaßen bewegte und zu einer spannenden Diskussion anregte. Vornean stand die Frage: Wie kann und muss eine solche Gerechtigkeitsdebatte geführt werden und welche Akteure könnten sich zum Antreiber dieser Debatte aufschwingen? Politische Bewegungen müssten von unten, aus der Mitte der Gesellschaft heraus gestartet werden, so die einhellige Meinung der Diskutanten. Schließlich, so Michael Zschiesche, seien „die politischen Kräfte viel zu sehr mit sich selbst beschäftigt, um ihre Gestaltungsaufträge wahrzunehmen“. Gerade Umwelt- und Sozialverbände müssten hier gemeinsam an einem Strang ziehen und auf der Grundlage guter, gegenseitiger Kenntnis politische Forderungen formulieren. „Politische Lösungen brauchen zukünftig von vorneherein die Zustimmung von Umwelt- und Sozialverbänden – ohne diese zivilgesellschaftlichen Akteursgruppen kann keine nachhaltige Politik gestaltet werden“, resümierte Christian Woltering die Rolle zivilgesellschaftlicher Akteure.

Kooperationen und intensiver Austausch zwischen Umwelt- und Sozialverbänden – zu dem die heutige Veranstaltung eine sehr gute Möglichkeit geboten hat – seien dabei schon allein wegen der Komplexität und der ökologischen und ökonomischen Relevanz vieler Themen notwendig. Die Verbände aus den Bereichen Umwelt und Soziales müssten als starke Partner auftreten und dürften sich nicht gegeneinander ausspielen lassen, appellierte deshalb auch Marlene Potthoff vom Stromspar-Check der Caritas, der Beispielhaft für ein kreatives, sozial-ökologisches Teilhabeprojekt steht. Michael Müller äußerte dennoch Bedenken, ob Verbände allein einen dynamischen Prozess für eine gesamtgesellschaftliche Debatte anstoßen könnten. Vielmehr brauche es nicht nur starke Bündnisse, sondern eine „Repolitisierung der Gesellschaft“.

Bedingt durch die aktuelle politische Brisanz des Themas lassen sich die sozial-ökologische Gerechtigkeitsdebatte und die Diskussion um mögliche Zielkonflikte und Synergieeffekte zwischen Umwelt- und Sozialpolitik anhand der Energiewende besonders veranschaulichen. Auch auf dem Abschlusspanel nahm die Energiewende großen Raum ein: Ein gemeinsames Ziel – das sozial und ökologisch gerechte Gelingen der Energiewende – von Umwelt- und Sozialverbänden wurde deutlich, dennoch zeigten sich auch hier einige Bruchstellen zwischen beiden Seiten. So stellten Vertreter der Umweltverbände die Forderung der Sozialverbände, Stromkosten bei Hartz-IV-Empfängern analog zu den Heizkosten komplett zu übernehmen, in Frage, da eine solche Maßnahme keine Effizienzreize setze. Christian Woltering erwiderte, dass „der Hartz-IV-Satz aus Sicht der Sozialverbände kein Erziehungsinstrument ist, sondern ein Mittel zur Existenzsicherung. Der steigende Strompreis trifft aber gerade die Einkommensschwachen besonders hart.“

Das Beispiel-Projekt Stromspar-Check (Caritas) verdeutlicht hingegen, wie es gelingen kann Umwelt und Soziales in einem Projekt zusammenzudenken und Hartz-IV-Empfänger an der Energiewende teilhaben und dieses Großprojekt mittragen zu lassen (Marlene Potthoff). Unterstützung fand aber auch die Forderung, eine breitere Zielgruppe als ausschließlich Hartz-IV-Empfänger für Energieeffizienzmaßnahmen zu definieren. Schließlich, so Andreas Burger, „sind Energiesparmaßnahmen in

einkommensschwachen Haushalten zwar gute Instrumente, das Umweltproblem können sie aber auch nicht lösen“. Auch Ulrike Schell ging auf diesen Punkt ein und forderte gerade auch einkommensreiche Haushalte gesondert in den Fokus für Energiesparmaßnahmen zu nehmen. Gerade Einkommensstarke verbrauchen deutlich mehr Energie, allein aufgrund der Tatsache, dass sie auch ganz andere finanzielle Möglichkeiten haben. „Anschuldigungen, Hartz-IV-Empfänger verbrauchten zu viel Energie, weil sie den ganzen Tag fernsehen, sind purer Populismus und lenken nur von denen ab, die es sich problemlos leisten können nicht aufs Stromsparen zu achten“, pflichtete Marlene Potthoff ihr bei.



Ein ganz anderes Problem in der Debatte um die Energiewende, sei aber, wie die Inhalte vermittelt würden, stellte Ulrike Schell fest. Viele Sachverhalte seien viel zu kompliziert, um sie einfach und verständlich zu vermitteln. „Wer aber die Sachverhalte nicht versteht, kann später nicht mitdiskutieren und ist empfänglicher für populistische Töne“, so Schell. Auch Michael Müller missbilligte die Art und Weise, in der über die Energiewende diskutiert wird, als zu technokratisch: „Die Energiewende ist ein gesamtgesellschaftliches Großprojekt, die Debatte wird aber in keiner Weise gesellschaftspolitisch geführt. Die entscheidenden Fragen – Machtfrage, Kritik unseres ökonomistischen Denkens – werden gar nicht erst gestellt.“

Viele weitere wichtige Fragen der ökologischen Gerechtigkeitsdebatte konnten nicht mehr oder nur noch kurz diskutiert werden. Andreas Burger erinnerte zum Beispiel daran, dass gerade auch umweltwirtschaftliche Aspekte und die Frage der Entstehung von Preisen (Internalisierung externer Kosten, umweltschädliche Subventionen) als zentrales Element dieser Debatte berücksichtigt werden müssten. „Umweltleistungen müssen marktfähig gemacht werden, denn gerade im Effizienzbereich oder in der Landwirtschaft bieten sie enorme Beschäftigungspotenziale“, stellte er fest und bekam Zustimmung.

Als Fazit der Debatte bleibt festzuhalten, dass es trotz vieler positiver Beispiele und zahlreicher Synergien zwischen Umwelt und Sozialem noch immer Bruchstellen zwischen den Verbänden bestehen – gerade im Hinblick auf die wichtige Gerechtigkeitsdebatte gilt es diese zu überwinden und gemeinsam an einem Strang zu ziehen. Beiden muss es gelingen, den Nutzen des Umweltschutzes nachhaltig zu kommunizieren (Andreas Burger).